



# **Ortsrecht der Gemeinde Petersaurach**



## **Satzung über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages der Gemeinde Petersaurach (Erschließungsbeitragssatzung- EBS)**

**(EBS 2010)**

**vom 01.12.2009**

## Inhaltsverzeichnis

§ 1	Erhebung des Erschließungsbeitrages.....	3
§ 2	Art und Umfang der Erschließungsanlagen.....	3
§ 3	Ermittlung des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes .....	4
§ 4	Gemeindeanteil.....	5
§ 5	Abrechnungsgebiet .....	5
§ 6	Verteilung des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes .....	5
§ 7	Kostenspaltung.....	6
§ 8	Merkmale der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlagen .....	6
§ 9	Immissionsschutzanlagen .....	6
§ 10	Vorausleistungen .....	6
§ 11	Ablösung des Erschließungsbeitrages .....	6
§ 12	Inkrafttreten .....	7

# Satzung über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages der Gemeinde Petersaurach (Erschließungsbeitragsatzung- EBS)

Die Gemeinde Petersaurach erlässt aufgrund der §§ 132 und 133 Abs. 3 des Baugesetzbuches – BauGB – in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dezember 1986 (BGBl I S. 2253) in Verbindung mit Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern – GO – und Art. 5a des Kommunalabgabengesetzes – KAG – erlässt die Gemeinde Petersaurach folgende Erschließungsbeitragsatzung:

## § 1

### Erhebung des Erschließungsbeitrages

Zur Deckung Ihres anderweitig nicht gedeckten Aufwandes für Erschließungsanlagen erhebt die Gemeinde Petersaurach Erschließungsbeiträge nach den Vorschriften des Baugesetzbuches (§§ 127 ff) sowie nach Maßgabe dieser Satzung.

## § 2

### Art und Umfang der Erschließungsanlagen

(1) Beitragsfähig ist der Erschließungsaufwand für

- |    |  |              |
|----|--|--------------|
| I. | Die zum Ausbau bestimmten öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in   | <sup>1</sup> |
| 1. | Wochenendhausgebieten mit einer Geschossflächenzahl bis 0,2  | 7,0 m        |
| 2. | Kleinsiedlungsgebieten mit einer Geschossflächenzahl bis 0,2   | 10,00 m      |
|    | Bei einseitiger Bebaubarkeit   | 8,5 m        |
| 3. | Kleinsiedlungsgebieten, soweit sie nicht unter Nr. 2 fallen, Dorfgebieten, reinen Wohngebieten, allgemeinen Wohngebieten, Mischgebiete |              |

<sup>11</sup> Bis zu einer Straßenbreite von (Fahrbahnen, Radwege und Gehwege

- |     |  |        |
|-----|--|--------|
|     | ten  |        |
| 3a. | Mit einer Geschossflächenzahl bis 0,7  | 14,0 m |
|     | Bei einseitiger Bebaubarkeit   | 10,5 m |
| 3b. | Mit einer Geschossflächenzahl über 0,7 – 1,0   | 18,0 m |
|     | Bei einseitiger Bebaubarkeit   | 12,5 m |
| 3c. | Mit einer Geschossflächenzahl über 1,0 – 1,6   | 20,0 m |
| 3d. | Mit einer Geschossflächenzahl über 1,6   | 23,0 m |
| 4.  | Kerngebieten, Gewerbegebieten und Sondergebieten   |        |
| 4a. | Mit einer Geschossflächenzahl bis 1,0  | 20,0 m |
| 4b. | Mit einer Geschossflächenzahl über 1,0 – 1,6   | 23,0 m |
| 4c. | Mit einer Geschossflächenzahl über 1,6 – 2,0   | 25,0 m |
| 4d. | Mit einer Geschossflächenzahl über 2,0   | 27,0 m |
| 5.  | Industriegebieten  |        |
| 5a. | Mit einer Baumassenzahl bis 3,0  | 23,0 m |
| 5b. | Mit einer Baumassenzahl über 3,0 – 6,0   | 25,0 m |
| 5c. | Mit einer Baumassenzahl über 6,0   | 27,0 m |
| II. | Die öffentlichen, aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen mit Kraftfahrzeugen nicht befahrbaren Verkehrsanlagen innerhalb der Baugebiete (z.B. Fußwege, Wohnwege; § 127 Abs. 2 Nr. 2 BauGB bis zu einer |        |

- |      |   |         |
|------|---|---------|
|      | Breite von  | 5,0 m   |
| III. | Die nicht zum Anbau bestimmen, zur Erschließung der Baugebiete notwendigen Sammelstraßen innerhalb der Baugebiete § 127 Abs. 2 Nr. 3 BauGB bis zu einer Breite von  | 27,00 m |
| IV.  | Parkflächen   |         |
| a)   | Die Bestandteil der Verkehrsanlagen im Sinne von Nr. I und Nr. III sind, bis zu einer weiteren Breite von   | 5,00 m  |
| b)   | Soweit sie nicht Bestandteil der in Nr. I und Nr. III genannten Verkehrsanlagen, aber nach städtebaulichen Grundsätzen innerhalb der Baugebiete zu deren Erschließung notwendig sind, bis zu 15 v. H. aller im Abrechnungsgebiet § 5 liegenden Grundstücksflächen.    |         |
| V.   | Grünanlagen mit Ausnahme von Kinderspielflächen   |         |
| a)   | Die Bestandteil der Verkehrsanlagen im Sinne von Nr. I bis Nr. III sind, bis zu einer weiteren Breite von   | 5,00 m  |
| b)   | Soweit sie nicht Bestandteil der in Nr. I bis Nr. III genannten Verkehrsanlagen sind, aber nach städtebaulichen Grundsätzen innerhalb der Baugebiete zu deren Erschließung notwendig sind, bis zu 15 v. H. der im Abrechnungsgebiet § 5 liegenden Grundstücksflächen. |         |
| VI.  | Immissionsschutzanlagen   |         |
- (2) Zu dem Erschließungsaufwand nach Abs. 1 Nr. I bis Nr. V gehören insbesondere die Kosten für
- a) Den Erwerb von Grundflächen,
  - b) Die Freilegung der Grundflächen,
  - c) Die erstmalige Herstellung des Straßenkörpers einschließlich des Unterbaues, der Befestigung der Oberfläche sowie notwendiger Erhöhung oder Vertiefungen,
  - d) Die Herstellung von Rinnen sowie der Randsteine,

- e) Die Radwege,
  - f) Die Bürgersteine,
  - g) Die Beleuchtungseinrichtungen,
  - h) Die Entwässerungseinrichtungen der Erschließungsanlagen,
  - i) Den Anschluss an andere Erschließungsanlagen,
  - j) Die Übernahme von Anlagen als gemeindliche Erschließungsanlagen,
  - k) Die Herstellung von Böschungen, Schutz- und Stützmauern.
- (3) Der Erschließungsaufwand umfasst auch den Wert der von der Gemeinde aus Ihrem Vermögen bereitgestellten Flächen im Zeitpunkt der Bereitstellung.
- (4) Erschließungsaufwand im Rahmen des Abs. 1 umfasst auch die Kosten, die für die Teile der Fahrbahn einer Ortsdurchfahrt einer Bundes-, Staats- oder Kreisstraße entstehen, die über die Breiten der anschließenden freien Strecken hinausgehen.
- (5) Soweit Erschließungsanlagen im Sinne des Abs. 1 als Sackgassen enden, ist für den erforderlichen Wendehammer der Aufwand bis zur zweifachen Gesamtbreite der Sackgasse beitragsfähig.

### § 3

#### Ermittlung des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes

- (1) Der beitragsfähige Erschließungsaufwand (§2) wird nach den tatsächlichen Kosten ermittelt.
- (2) Der beitragsfreie Erschließungsaufwand wird für die einzelne Erschließungsanlage ermittelt. Die Gemeinde kann abweichend von Satz 1 den beitragsfähigen Erschließungsaufwand für bestimmte Abschnitte einer Erschließungsanlage oder diesen Aufwand für mehrere Anlagen, die für die Erschließung der Grundstücke Einheit bilden, ermitteln.
- (3) Die Aufwendungen für Fußwege und Wohnwege (§2 Abs. 1 Nr. II), Sammelstraßen (§2 Abs. 1 Nr. III), für Parkflächen (§2 Abs. 1 Nr. 1 IV b), für Grünanlagen (§2 Abs. 1 Nr. Vb) und für Immissionsschutzanlagen (§9) werden den zum Anbau bestimmten Straßen, Wegen und Plätzen, zu denen sie von der Erschließung her gehören, zugerechnet. Das Verfahren nach Satz 1 findet keine Anwendung, wenn das Abrechnungsgebiet (§5) der Fuß- und Wohnwege, der Sammelstraßen,

Parkflächen, Grünanlagen oder Immissionschutzanlagen von dem Abrechnungsgebiet der Straßen, Wege und Plätze abweicht; in diesem Fall werden die Fuß- und Wohnwege, die Sammelstraßen, Parkflächen, Grünanlagen und Immissionsschutzanlagen selbstständig als Erschließungsanlagen abgerechnet.

#### **§ 4 Gemeindeanteil**

Die Gemeinde trägt 10 v. H. des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes.

#### **§ 5 Abrechnungsgebiet**

Die von einer Erschließungsanlage erschlossenen Grundstücke bilden das Abrechnungsgebiet. Wird ein Abschnitt einer Erschließungsanlage oder eine Erschließungseinheit abgerechnet, so bilden die von dem Abschnitt der Erschließungsanlage bzw. Erschließungseinheit erschlossene Grundstücke das Abrechnungsgebiet.

#### **§ 6 Verteilung des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes**

- (1) Bei zulässiger gleicher Nutzung der Grundstücke wird der nach § 3 ermittelte Erschließungsaufwand nach Abzug des Anteils der Gemeinde (§4) auf die Grundstücke des Abrechnungsgebietes (§5) nach den Grundstücksflächen verteilt.
- (2) Ist in einem Abrechnungsgebiet (§5) eine unterschiedliche bauliche oder sonstige Nutzung zulässig, wird der nach § 3 ermittelte Erschließungsaufwand nach Abzug des Anteils der Gemeinde (§4) auf die Grundstücke des Abrechnungsgebietes (§5) verteilt, in dem die Grundstücksflächen mit einem Nutzungsfaktor vervielfacht werden, der im Einzelnen beträgt:
  - a. Bei eingeschossiger Bebaubarkeit und gewerblich oder sonstig nutzbaren Grundstücken, auf denen keine oder nur eine untergeordnete Bebauung zulässig ist 1,0,
  - b. Bei mehrgeschossiger Bebaubarkeit zuzüglich je weiteres Vollgeschoss 0,3.
- (3) Als Grundstücksfläche gilt:

- a. Bei Grundstücken im Bereiche eines Bebauungsplanes die Fläche, die der Ermittlung der zulässigen Nutzung zugrunde zu legen ist,
  - b. Wenn ein Bebauungsplan nicht besteht oder die erforderlichen Festsetzungen nicht enthält, die tatsächliche Grundstücksfläche bis zu einer Tiefe von 50 m, gemessen von der Erschließungsanlage zugewandten Grenze des beitragspflichtigen Grundstücks. Reicht die bauliche oder gewerbliche Nutzung über diese Begrenzung hinaus, so ist die Grundstückstiefe maßgebend, die durch die hintere Grenze der Nutzung bestimmt wird. Grundstücksteile, die ledig die wegemäßige Verbindung zur Erschließungsanlage herstellen, bleiben bei der Bestimmung der Grundstückstiefe unberücksichtigt.
- (4) Beitragspflichtige Grundstücke, die ohne bauliche Nutzungsmöglichkeit oder die mit einer untergeordneten baulichen Nutzungsmöglichkeiten gewerblich oder sonstig genutzt werden oder werden dürfen, werden mit 0,5 der Grundstücksfläche in die Verteilung einbezogen.
  - (5) Als zulässige Zahl der Geschosse gilt die im Bebauungsplan festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse. Weißt der Bebauungsplan nur eine Baumassenzahl aus, so gilt als Geschoszahl die Baumassenzahl, geteilt durch 3,5. Bruchzahlen werden auf die nächstfolgende volle Zahl aufgerundet.
  - (6) Ist im Einzelfall eine größere Geschoszahl zugelassen oder vorhanden, so ist diese zugrunde zu legen.
  - (7) Grundstücke, auf denen nur Garagen oder Stellplätze zulässig sind, gelten als eingeschossig bebaubare Grundstücke. Bei mehrgeschossigen Parkbauten bestimmt sich der Nutzungsfaktor nach der Zahl ihrer Geschosse.
  - (8) In unbeplanten Gebieten und Gebieten, für die ein Bebauungsplan weder die Zahl der Vollgeschosse noch die Baumassenzahl festgesetzt, ist
    - a. Bei bebauten Grundstücken die Zahl der tatsächlich vorhandenen,
    - b. Bei unbebauten, aber bebaubaren Grundstücken die Zahl der auf den Grundstücken der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse maßgebend.
  - (9) Ist eine Geschoszahl wegen der Besonderheiten des Bauwerks nicht feststellbar, werden je angefangene 3,5 m Höhe des Bauwerks als ein Vollgeschoss gerechnet.
  - (10) Werden in einem Abrechnungsgebiet § 5 außer überwiegend gewerblich genutzten Grundstücken oder Grundstücken, die nach den Festsetzungen eines Bebauungsplans in einem Kern-, Gewerbe- oder Industriegebiet liegen, auch andere Grundstücke erschlossen, so sind für die Grundstücke in Kern- Gewerbe- und Industrie- gebieten sowie für die Grund-

stücke, die überwiegend gewerblich genutzt werden, die in Absatz 2 genannten Nutzungsfaktoren um je 50 v. H. zu erhöhen. Als überwiegend gewerblich genutzt oder nutzbar gelten auch Grundstücke, wenn sie überwiegend Geschäfts-, Büro-, Praxis-, Unterrichts-, Heilbehandlungs- oder ähnlich genutzte Räume beherbergen oder in zulässiger Weise beherbergen dürfen.

(11) Für Grundstücke, die von mehr als einer Erschließungsanlage im Sinne des § 127 Abs. 2 Nr. 1 BauGB erschlossen werden, ist die Grundstücksfläche bei Abrechnung jeder Erschließungsanlage nur mit zwei Dritteln anzusetzen.

Dies gilt nicht,

- a. Wenn ein Erschließungsbeitrag nur für eine Erschließungsanlage erhoben wird und Beiträge für weitere Anlagen zu deren erstmaliger Herstellung weder nach dem geltenden Recht noch nach vergleichbaren früheren Rechtsvorschriften erhoben worden sind oder erhoben werden,
- b. Für Grundstücke in Kern-, Gewerbe- und Industriegebieten sowie für Grundstücke, die überwiegend gewerblich genutzt werden.

(12) Für Grundstücke, die zwei Erschließungsanlagen liegt, gilt Absatz 11 entsprechend.

## **§ 7 Kostenspaltung**

Der Erschließungsbeitrag kann für

1. Den Grunderwerb
  2. Die Freilegung
  3. Die Fahrbahn, auch Richtungsfahrbahnen,
  4. Die Radwege,
  5. Die Bürgersteige zusammen oder einzeln,
  6. Die Sammelstraßen
  7. Die Parkflächen
  8. Die Grünanlagen
  9. Die Beleuchtungseinrichtung
  10. Die Entwässerungseinrichtungen
- Gesondert erhoben und in beliebiger Reihenfolge umgelegt werden, sobald die Maßnahme, deren Aufwand durch Teilbeträge gedeckt werden soll, abgeschlossen worden ist. Diesen Zeitpunkt stellt die Gemeinde fest.

## **§ 8 Merkmale der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlagen**

- (1) Die zum Ausbau bestimmten Straßen, Wege und Plätze sowie Sammelstraßen und Parkflächen sind endgültig hergestellt, wenn sie die nachstehenden Merkmale aufweisen:
  1. Eine Pflasterung, eine Asphalt-, Teer-, Beton- oder ähnliche Decke neuzeitlicher Bauweise mit dem technisch notwendigen Unterbau,
  2. Straßenentwässerung und Beleuchtung,
  3. Anschluss an eine dem öffentlichen Verkehr gewidmete Straße.
- (2) Bürgersteine und Radwege sind endgültig hergestellt, wenn sie eine Abgrenzung gegen die Fahrbahn und gegeneinander sowie eine Befestigung mit Platten, Pflaster, Asphaltbelag oder eine ähnliche Decke in neuzeitlicher Bauweise mit dem technisch notwendigen Unterbau aufweisen.
- (3) Grünanlagen sind endgültig hergestellt, wenn ihre Flächen gärtnerisch gestaltet sind.
- (4) Zu den Merkmalen der endgültigen Herstellung der in Absätzen 1 und 3 genannten Erschließungsanlagen gehören alle Maßnahmen, die durchgeführt werden müssen, damit die Gemeinde das Eigentum oder eine Dienstbarkeit an den für die Erschließungsanlage erforderlichen Grundstücken erlangt.

## **§ 9 Immissionsschutzanlagen**

Art, Umfang, Verteilungsmaßstab und Herstellungsmerkmale von Anlagen zum Schutz von Baugebieten gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes – Immissionsschutzgesetzes werden durch ergänzende Satzungen im Einzelfall geregelt.

## **§ 10 Vorausleistungen**

Im Fall des § 133 Abs. 3 BauGB können Vorausleistungen bis zur Höhe des voraussichtlichen Erschließungsbeitrages erhoben werden.

## **§ 11 Ablösung des Erschließungsbeitrages**

Der Erschließungsbeitrag kann im Ganzen vor Entstehung der Beitragspflicht abgelöst werden (§ 133 Abs. 3 Satz 5 BauGB). Ein Rechtsanspruch auf Ablösung besteht nicht. Die Höhe des Ablösungsbetrages richtet sich nach der Höhe des voraussichtlich entstehenden Erschließungsbeitrages.

**§ 12**  
**Inkrafttreten**

- (1) Diese Satzung tritt am 01. Januar 2010 in Kraft.
- (2) Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Erschließungsbeitragssatzung vom 01. Mai 1978 außer Kraft

Petersaurach, den 01. Dezember 2009

Lutz Egerer  
1. Bürgermeister